

Beiflager-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heilige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 25 Pf. ohne Anträge. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochgeschätzte Postkarte 50 Pf., außerhalb der Hauptmannschaft 75 Pf., im ausländischen Teil (außer von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Anträge und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jähne. — Druck und Verlag: Carl Jähne in Dippoldiswalde.

Nr. 85

Mittwoch den 13. April 1921

87. Jahrgang.

Die Gemeinde Elend hat die Eingliederung des Teiles des öffentlichen Fußweges Reinholdsbach—Elend—Ulberndorf beantragt, der auf der Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 88 und 89a des Flurbuchs für Elend (Seitlitz: Funke und Wagner in Elend) liegt und zwar von der Dorfstraße in Elend, Flurstück Nr. 90, bis zum Ausstossen auf die Flurgrenze mit Ulberndorf.

Als Erstzug für diesen ausschallenden Teil des Fußweges dienen der Fußweg entlang der Flurgrenze mit Ulberndorf nach dem Gutshof von Elend zu und der Fußweg im nördlichen Teil des Ortes Elend.

Widerprüche gegen die beantragte Eingliederung sind binnen 3 Wochen, seit Ertheilung dieser Bekanntmachung, bei der unterzeichneten Amtshauptmannschaft anzumelden.

Dippoldiswalde, am 6. April 1921.

190 A. Die Amtshauptmannschaft.

Unter den Klauenviehbesitzenden des Gutsbesitzers Otto Büttner in Altenberg ist die Maul- und Klauenpest ausgetroffen.

Verteiltes und Sächsisches.

Am Sonntag Nachmittag veranstaltete der heilige Jungfrauenverein auf Anregung des Bundesverbandes für die weibliche Jugend eine Evangelisationsversammlung. Das Konzertzimmer war nicht gefüllt nicht bloß von Mitgliedern des Vereins, sondern auch von anderen jungen Mädchen und von Frauen. Und doch hätte man wünschen mögen, die ganze Veranstaltung wäre in größerem Rahmen und vor weiterer Öffentlichkeit gehalten worden; denn das Gebotene war ganz vorzüglich. Nach einleitender Ansprache des Herrn Superintendenten Michael, gemeinsamem Gelang, Eulogie und Gedichtvortrag sprach Frau Kirchenrat Seidel aus Dresden über die Frage: „Habe ich nicht das Recht, mich auszuleben?“ Niemand misste in der Halle an der Großhadnjugend stehend, pochte sie doch ihre Ausführungen ganz der örtlichen Verhältnissen an und verstand es meisterlich, ohne es zu übertrieben, das Leben zu schilieren wie es ist, das Leben eines jungen Menschen mit seinem Schenken noch Freude, noch Schiedigung, noch Liebe, den Drang sich auszuleben mit seinen Gefahren mit seinen Versuchungen, mit seinen Entschuldigungen. Die Rednerin sprach einst, oft sie es erhielt, pedische Herz und Gewissen, und doch war alles von einem Geist reicher christlicher Liebe durchwelt, der die Herzen gewinnen mochte. Voll ausrichtigen Dankes für diese Stunde innerer Förderung gingen die Anwesenden aus einander in der Hoffnung, Frau Kirchenrat Seidel einmal wieder zu hören und zwar in großem Kreis von recht viel Mädchen und Frauen.

Am Montag nachmittag hielt der Sozialhaber-Verein in der Ammendorfsmühle Dippoldiswalde eine Versammlung in Ruppendorf bei Kollege Schneider ab, die aber trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung und des schönen Wetters, das zu einem Spaziergang nach dort einlud, nur wenig besucht war. Nach Vorlesen der Niederschrift der letzten Beschluss- und Rennitiativnahme von einer Meldepflicht (folge Weggänger vom Beruf), röhrt man Stiel und zu der vom Bevölkerungsberichterstatter Elsdorff der Vergangenheitssteuer um 50 %. Trotz aller Vorstellungen und Gegenvertreide, die den Sozialhabern Lebensmöglichkeit gewährt hätten, ist diese Elsdorff fast einhellig angenommen worden. Man bedauerte diesen Bruch als sehr unbedeutend und sieht ihn schwierig in die Zukunft. Vor allem bringt er eine bedeutende Abwanderung von den Edlen, er bringt aber auch die Gefahr der Steuerhinterziehung und vor allem auch dass dem Verbande allerdings gleich kein Löwe nicht den Beitrag, den der Bevölkerungsberichterstatter Elsdorff der Vergangenheitssteuer um 50 %. Man bestreitet in diesem Punkte vollkommene Unkenntnis an die Kollegenschaft in Dresden-Land, die sich in gleicher Zwangslage befindet und die Einberufung einer Provinzialversammlung. Der Preis für Bezeichnung Witz ist wieder erhöht worden. Die Befürworter begründen es mit der Preissteigerung. Man möchte aber, dass auch die einheimischen Befürworter bald nachholen werden. In Zukunft soll der Preis für ein Kalenderblatt 1,75 M betragen, für Münchner Witz entsprechend mehr. Ein Bezug zu der Erhöhung des Monatssatzes wurde nicht gefordert. Soeben protestiert wurde gegen die im Bevölkerungsbericht gefallene Verkürzung, dass die Sozialwirte, statt der 50 %, zu erhebender Entlastung, eine Mark verlangten und dabei „ein gutes Geschäft machen“. Man will durch einen ausdrückenden Mittel der Verhinderung bestimmt geben, wie ungünstig eine Verkürzung gewesen sei, welche riesigen Nebenkosten davon diesem Betrage nur zu einem kleinen Teil gedeckt würden. Die nächste Versammlungssitzung wurde Kleincauabord gewählt.

Die Mittwochs-Wiederhöhung in der Superintendentur wird die Woche auf Donnerstag verlegt.

Einen schweren Unfall hat Herr Pfarrherr Jähne erlitten. Durch Sturz hat er sich einen Schädelbruch und

Es werden erklärt als Sperrgebiete: Das verdeckte Gebiet und die Gebiete des Gutsbesitzers Bruno Clausnitzer und des Wirtschaftsbesitzers Hermann Dittrich in Altenberg, als Beobachtungsgebiet: Die Stadtgemeinde Altenberg, als Schutzzone: Die Stadtgemeinde Gelenzig und die Gemeinde Hirschsprung.

Für die Spez- und Beobachtungsgebiete und Schutzzonen gelten die Vorschriften in §§ 162—168 der Bundesratsverordnung zum Reichswiehrenchengefetz (R.G.B. 1912 Seite 3). Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Erloschen ist die Maul- und Klauenpest unter den Klauenviehbesitzenden des Gutsbesitzers Max Wöhle in Hüttenwalde, der Gutsbesitzer Emil Grahl und Fritz Fleischig in Dittersdorf, der Gutsbesitzer Reinhard Weißler, Hugo Zimmermann, Max Reichel und Paul Ehrlich in Reichstädt, des Wirtschaftsbesitzers Max Schmidt in Großdöbsa.

Dieheimerzeit angeordneten Spezmaßnahmen werden aufgehoben.

Innenhalb des Bezirks herrscht noch die Maul- und Klauenpest in Dippoldiswalde, Altenberg und Lungwitz.

490 C. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 8. April 1921.

Maschinenführer (sie verlangen eine wöchentliche Zulage von 75 Mark) eine Einführung bisher verhindert haben. Mit den übrigen Arbeitern haben sich die Unternehmer geeinigt. Allein die durch die Entente erzwungene Abschaffung des Marktes im Westen, die immer stärker werdende Konkurrenz und durch die von der erhöhten Steuer verschuldeten Zunahme des Schnürgels macht die Unternehmenswirtschaft völlig außer Stande, die Forderungen der Maschinenführer zu bewilligen. Sie war jedoch bereit, 50 Mark wöchentlich mehr zu zahlen. Entstanden ist dieser Konflikt dadurch, dass die Berliner Maschinenführer im Durchschnitt 200 bis 250 Mark wöchentlich mehr bekommen als die Dresdner, obwohl die Dresdner täglich 10 bis 12000 Zigaretten mehr liefern, als die Berliner. Allerdings sollen dort die Löhne bis zu 50 % abgebaut werden, weil eine Desorganisation eingerissen ist, die beiden Teile feinen Rücken bringt. Dazu kommt, dass in Dresden mehr Waffenware hergestellt wird, in Berlin aber nur teure Zigaretten von 40 Pfennigen aufwärts. Es handelt sich mitin um einen Ungleichkampf. Hoffentlich kommt es noch rechtzeitig zu einer Verständigung zwischen den Beteiligten. Es wäre jedermann sehr zu bedauern, wenn wegen 600 Maschinenführern Jahrtausende von Arbeiterinnen und Arbeitern ausgespart werden sollten. Auch in anderen Orten sind bereits Differenzen ausgebrochen, sodass die Gesetz bestellt, dass die gesamte Zigarettenindustrie Deutschland ihre Betriebe schließe.

Tharandt. Der Gemeinderat lehnte das Verlangen der Garteljäger in Tharandt, den Gaspreis von 1,15 auf 1,30 M zu erhöhen, ab.

Bangsbrück und Siegen führen die Musikkinstrumentenhersteller ein. Der Bevölkerungsbericht genehmigte die betreffenden Nachträge zur Gemeindeniederordnung aber nur auf Wiederuf. Er hält die Steuer für fiktivisch.

Pirna. Ende Mai d. J. findet hier der 1. gewerbliche Genossenschaftstag statt.

Pirna. An der Fortbildungsschule wurde eine Schuhinnenfachschule und an der Gewerbeschule eine Fleischfachschule eingerichtet. — Durch die Kindererziehung der Amerikanischen Gesellschaft der Freunde wurden hier in der Zeit vom 10. 5. 20. bis 19. 3. 21. 26456 Portionen erholt.

Wehlen. Der Bevölkerungsbericht sprach sich gegen Auflösung des Wehlenschen Bezirks oder von Teilen desselben an die Amtshauptmannschaften Dresden-N. oder Dresden-S. aus. In den dortigen Bevölkerungsvertretungen war davon gesprochen worden.

Frankenberg. Beim heiligen Stadtrat wurde eine Meldestelle für Versammlungen von Versammlungen, Vereinsvergnügen, Razzien, Vorlesungen usw. eingerichtet. Die Meldestelle begleitet das Zusammentreffen mehrerer Versammlungen an einem Tage zu verhindern.

Hainichen. Unter zahlreichen Ehrenbürgern aus dem Saale und dem ganzen sächsischen Turnkreis feierte der Ehrenvorsitzende des heiligen Turnvereins, Hermann Schulze, das Jubiläum seiner 60-jährigen Zugehörigkeit zur deutschen Turnbewegung.

Chemnitz. Ein schweres Unglück ereignete sich Montag früh 8 Uhr in der Siegeln der Zimmermannwerke in der Emilienstraße in Chemnitz. Dort brach beim Transport einer Eisenlast der große 600 Zentner schwere Radn an während der Drehung zusammen und beging zwei Arbeiter unter sich, die nach ihr geran aufzunehmen versuchten, nur als Toten geblieben werden konnten. Die Verunglückten sind der 26-jährige Radfahrer August Voigt und der 60-jährige Zimmermann Oswald Neubert.

Reichenbach. Im Stadtvorstand-Ratssaal stand der Antrag auf Abholzung der Aufwandsentwidderung der Reihe und Stadtvorstände zur Beratung. Es wurde mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Kaiserin Auguste Victoria †.

Berlin, 11. April. Aus Haus Doorn ist folgendes Telegramm eingelassen:

Kaiserin Auguste Victoria ist heute morgen 6½ Uhr sanft entschlafen.

Seele und Natur hatten in gleicher Weise die leite Hohenzollernkaiserin geschmärt, um sie dem deutschen Volke nahe zu bringen, das sie auch heute, unter den Stürmen der Revolutionszeit, nicht vergessen hat. Kaiserin Auguste Victoria, das Kind des meerumstürzungen Schleswig-Holstein, ist ein schuldloses Opfer dieser schweren Zeit geworden, und es gibt wohl keine deutsche Frau, die dieser Kaiserin die Teilnahme versagte. Von einem Throne herabzusteigen, wenn seindliche Gewalten überwältigt geworden sind, und sich zu einem tragischen Verhängnis ausgestalten, ist für große Charaktere nicht unerträglich; aber wochenlang in gleicher Seelenruhe dem Tode ins Auge zu schauen, bis sich die ewige Ruhe auf den milden Körper niedersetzt, das ist ein harter Los. Wahrsch, die Kaiserin Auguste Victoria hat es in ihrem Leiden verdient, daß sich an ihr das Wort der Schrift erfüllt, das ihr zu ihrem Konfirmationsjahr gesetzt wurde: „Sei getreu bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben!“

Es war ein hohes, schlankes, blondes und blauäugiges Mädchenbild, das am 2. Juni 1880 am Urne des alten Kaiser Wilhelm, des Großvaters ihres Bräutigams, den Saal von Schloss Babelsberg bei Potsdam betrat, in dem ihre feierliche Verlobung mit dem künftigen Erben der deutschen Kaiserkrone feierlich proklamiert wurde. Der damalige Prinz Wilhelm von Preußen hatte seine spätere Braut im Sommer 1879 im gotischen Schlosse Melnichbrunn in Thüringen kennen gelernt und sich im Herbst in Prümkenau, dem Wohnsitz ihrer Eltern, des Herzogs Friedrich und der Herzogin Adelheid von Schleswig-Holstein-Augustenburg, ihr Zuwort geholt. Die heitere und lebensfröhle Prinzessin hat ihrem jungen Gemahl die glücklichsten Jahre in Potsdam bereitet, wohin sie nach der Hochzeit am 27. Februar 1881 übersiedelten. Einfach im Elternhaus, dessen Mittel beschränkt waren, erzogen, wirkte sie im gleichen Sinne auch auf ihren Haushalt im Marmorspalais in Potsdam ein. Die Freude der Prinzessin waren ihre Kinder, denen sie sich wie eine schlichte bürgerliche Mutter widmete und die ihr Herz ausfüllten. Ihr Gemahl hat es selbst lächelnd erzählt: „Wenn ich meine Frau sehe, hängen immer ein paar Jungen an ihren Kleidern!“ Sechs Söhnen und einer Tochter ist Auguste Victoria die treueste Mutter gewesen und geblieben, als auch sie ihren eigenen Haushalt begründet hatten. Für den einfachen Sinn der Kaiserin spricht es, daß sie es nach der Thronbesteigung ablehnte, „Augusta“ genannt zu werden, sondern bei ihrem Taufnamen Auguste beharrte.

Das Volk ist auch in den Jahren der Kriege als Kaiserin nicht an ihrer Pforte vorbeigeschritten, es hat auch für sie durchwachte Nächte gegeben. Tätigkeit der Liebe hat die hohe Frau nie ermüdet, und in der Tat, nicht in Reden hat sie ihre Aufgaben als Lebensfürstin ihres Gemahls erblickt. Durch Beispiel und Vorbild hat sie gewirkt, sie hat Familienleben und Kindersorge aus der eigenen Ehe gründlich gespannt. Sie konnte auch mit vielen Frauen aus dem Volke über das sprechen, was jeder Mutter das Herz erfüllte. Die Säuglingspflege hat sie vor allem mit ihrer Sorgfalt bedacht, Taufenden von deutschen Kindern ist durch ihre Wahlen das Aufwachsen zur lebensfröhlichen Kindheit erleichtert. Ein mildes Herz ließ sie Fragen der Religion gleichbedeutend mit denen der Liebe erscheinen, und Glanz und Prunk machten nicht ihr Leben aus. Sie stand zur Seite des Kaisers auf vielen Meilen und Festen, aber ihre Natur war nicht die zu stenden, sondern zu beglücken.

Die Gesundheit der scheinbar so rüstigen Frau war schon verhältnismäßig früh durch das Herzleiden angegriffen, und die Schreden der Kriegsjahre, Kummer im eigenen Hause haben es verschärft. So ist Auguste Victoria zu ihrem Gemahl in fremdes Land gezogen, um ihm dort zur Seite zu stehen, obwohl sie mit allen Fasern ihres Herzens an der deutschen Heimat hing. Eine deutsche Frau und eine deutsche Mutter, die eigenes Volk trug, um dem Glück anderer zu dienen. Ihr Andenken wird in Ehren bleiben, denn die Werke der Nächstenliebe, die sie geschaffen, werden je überleben!

Ein neues deutsches Angebot.

Unmittelbare Verständigung mit Frankreich.

Der Berichterstatter des „Matin“, Jules Sauerwein, hatte in Bern eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister Dr. Simons. Simons erklärte auf die Frage, was Deutschland zu tun gedenke: „Ich kann keine bestimmten Mitteilungen machen, weil es unpassend wäre, dies durch die Presse zu tun, und weil ich das Bedürfnis habe, nach meiner langen Abwesenheit von Berlin zuerst mit dem Kanzler und meinen übrigen Kollegen zu sprechen, ehe wir ein neues Angebot machen können. Sollte dieses abgelehnt werden, so würde dies bei der Spannung, die bereits besteht, eine schwere Gefahr bedeuten.“

Weiter erklärte Simons, er vertrete die Ansicht, daß Deutschland die „Pflicht“ und Frankreich das „Recht“ auf Reparation habe. Er bedauerte, daß die Konferenz

von Brüssel abgebrochen worden sei, ehe sie zu einem Ergebnis führen könne, denn man sei auf dem besten Wege gewesen, sich zu verständigen. In London hätte er die vorschlagene schwankende Jahresrate nicht annehmen können, da er hierzu keine Genehmigung seiner Regierung hatte. Er glaubte, daß sich Deutschland unmittelbar mit Frankreich über die Wiederherstellungen verständigen müsse, und das bei Verhandlungen zwischen diesen beiden Hauptbeteiligten sich eine Einigung erzielen lassen werde. Er habe durchaus nicht die Absicht gehabt, eine Einigung Amerikas herbeizuführen, als er die bekannte Note abstand, sondern er wollte nur den Standpunkt Deutschlands darlegen, gegenüber den Ausführungen Lloyd Georges und Briands. Die Pariser Abendblätter glauben in diesen Ausführungen in einer halbamtlichen Note aus Bern ein Zeichen dafür zu finden, daß Deutschland wahrscheinlich noch vor dem 20. April neue Vorschläge machen werde.

Neue Grundlagen und Verhandlungsbarten.

Dr. Simons äußerte sich weiter dahin, seine Meinung in Beziehung auf Briands Ankündigung neuer Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland sei die, daß Frankreich von seinen Verbündeten nicht gehindert werden würde, das zu tun, was es wolle, um seinen Willen zu erreichen. Deutschland müsse sich möglicherweise von Frankreich niederdrücken lassen. Mit einer Vereinigung zwischen den Verbündeten habe Simons niemals gerechnet. Man müsse also verhandeln, aber er glaubt nicht an die Methode von Paris und London. Man müsse neue Gründlagen und neue Verhandlungsbarten suchen.

Die drohende Gefahr für Europa.

Der Minister betonte, daß er nicht in einer Regierung bleibe, die sich weigern sollte, ihre Pflicht bis zur Grenze von Deutschlands Leistungsfähigkeit zu erfüllen. In wenigen Tagen würde Deutschland seinen unten aufgeführten Willen unwiderrückbar beweisen. Er sei überzeugt, daß das französische Volk es vorziehen wird, Deutschlands guten Willen zu erproben, als durch den Druck der Waffen einen schon entwaffneten Feind, ohne daß jemand daraus einen Nutzen haben könnte, zu Grunde zu richten. Die Ausdehnung und Fortsetzung der Zwangsmassnahmen, deren psychologischen Ursprung Simons in der Besonders Meinung Frankreichs erblickt, würde eine unheilige Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa bedeuten.

Haltungnahme Bergmanns mit Brüssel?

Im Zusammenhang mit den neuen deutschen Angeboten schreibt der „Petit Parisien“, daß der Staatssekretär Veraman sich täglich um eine Wiederanknüpfung der Unterredungen mit dem belgischen Ministerpräsidenten bemüht habe. Da Bergmann sich aber damit begnügt, nur seinen Wunsch nach einer Aussprache fundin, so hätte sein Versuch bisher keinen Erfolg. In Beziehung auf Deutschlands neue Angebote sagt das Blatt selbstverständlich, man erwarte, daß die neuen deutschen Vorschläge stark hinter den Pariser Abmachungen zurückbleiben, d. h. daß sie unannehmbar sein werden.

Brüssel meint es ernst.

Dem Pariser Berichterstatter der „Wöchentlichen Rette“ wurde von einer unverrichteten französischen Persönlichkeit während einer Unterredung über die Wiedergründungsfrage versichert, daß es eine Lösung sei, die Senatskreis Briands als ein Manöver der innerpolitischen Taktik und als ein Verhandlungsmittel für das französische Parlament zu betrachten. Die französische Regierung sei entschlossen, wenn bis zum 1. Mai keine Verständigung mit Deutschland in der Wiedergründungsfrage angebahnt sei, mit Maßregeln vorzugehen, die eine Katastrophe für Deutschland bedeuten könnten und einen Fortbestand in seiner heutigen Gestalt ernstlich gefährden würden. Die französische Regierung würde es freudig begrüßen, wenn diese Katastrophe vermieden werden könnte, und wenn die deutsche Regierung sich zu einem wirklich ernstlichen Angebot entschließen könnte.

Um Oberschlesiens Schicksal.

Entscheidung Anfang Mai?

Das Schicksal Oberschlesiens ist noch ganz in Dunkel gehüllt. Es ist möglich, daß die Botschafterkonferenz sich weiterhin wird, die Verantwortung für eine definitive Entscheidung über Oberschlesien zu übernehmen. Der Botschaftervertrag verlangt, daß diese Entscheidung von den Mächten getroffen werden muß. Wenn man sich also wörtlich an den Vertrag halten will, so wird die endgültige Grenzberichtigung Oberschlesiens vom Obersten Rat entschieden werden müssen. Die Botschafterkonferenz wird sich voraussichtlich damit begnügen, ihren Spruch dem Obersten Rat zur Begutachtung vorzulegen. Dieser wird dann angeblich unter dem Vorstoß Goliottis Anfang Mai in Italien eine Sitzung abhalten, in der das Schicksal Oberschlesiens entschieden werden soll.

Das oberschlesische Industriegebiet an Polen?

In Paris bietet man selbstverständlich alles auf, um Polen so viel und noch mehr noch so wertvolles wie möglich zuzuschaffen. Laut „Echo de Paris“ hat die Internationale Kommission in Oppeln bereits die Grundlage derVerteilung Oberschlesiens festgelegt. Die einzige ungeldige Frage ist die Unteilbarkeit des Industriegebiets, in dem Polen die Mehrheit hat. „Petit Parisien“ sagt, daß es daher auch ganz an Polen gegeben werden soll.

In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung des „Temps“ beachtenswert, die besagt, wenn Deutschland lachsehen sollte, daß die polnischen Rechte zu seinen Gunsten gepflegt werden, dann würden dieselben Deutschen, die Gruben, Fabriken oder Güter in Oberschlesien besitzen, als erste dafür zu büßen haben.

Leipziger Massenlandgebung für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien.

In einer von der Ortsgruppe Leipzig des Verbandes heimatreuer Oberschlesiener verfaßten Massenlandgebung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der u. a. gesagt wird, daß Deutschland aus historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen ein unbestreitbares Recht auf ganz Oberschlesien habe und daß es ein Holz auf die Gerechtigkeit wäre, wenn nach dem deutschen Abstimmungsfest auch nur ein geringer Teil Oberschlesiens vom Reich abgetrennt würde. Die Reichsregierung wird aufgefordert, alle Mittel zur Erhaltung Oberschlesiens beim Reiche anzuwenden. Oberschlesien ist eine Einheit und muß ganz beim Reiche bleiben.

Politische Rundschau.

Berlin, den 12. April 1921.

— Der Regierungskommissar Senator Henze hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Erscheinen der „Hamburger Warte“ verboten.

— Der württembergische Staatspräsident Dr. von Hieber wird, wie die „Süd. Zeit.“ meldet, von demokratischer Seite als Kandidat bei der Wahl des Reichspräsidenten aufgestellt werden.

— Wertschätzung der Kaiserin im Potsdamer Mausoleum. Wie die „Wirtschaftspolit. Nachr.“ erfahren, werden die sterblichen Überreste der Kaiserin am Donnerstag abend auf der Station Wildpark bei Potsdam eintreffen, wo sie bis Freitag im ehemaligen Fürstensaal der Bahnhofstation aufgebahrt bleiben wird. Offiziere in Galaudiform der einstigen beiden Leibregimenter der Kaiserlich, der Potsdamer Kürassiere und das Leib-Infanterie-Regiment Nr. 86 werden die Totenwache halten. Am Freitag vormittag wird sich der Trauerzug von der Station Wildpark nach dem Mausoleum am Neuen Palais begeben. Die Kaiserin wird nach dem Trauerzeremoniell der preußischen Könige bestattet werden unter Leitung des letzten Ceremonienmeisters. Oberhofprediger Dr. Dreyher, der die Leiche von Holland nach Potsdam begleitet, wird auch die Trauerrede halten. Am Sonntag wird mit Erlaubnis der Regierung ein Gedenkgottesdienst in allen Kirchen Preußens stattfinden. Man erwartet, daß alle in Deutschland weilenden Kinder der Kaiserin am Grabe anwesend sein werden, ebenso eine große Anzahl anderer Fürstlichkeiten. Der Kaiser und der Kronprinz werden die sterblichen Überreste der Kaiserin bis zur holländisch-deutschen Grenze begleiten.

— Dr. Simons in Bern. Reichsminister Dr. Simons stattete am Sonnabend anlässlich seiner Anwesenheit in Bern der schweizerischen Bundesregierung einen Höflichkeitsbesuch ab. Wie die schweizerische Delegationsagentur erfährt, bildeten den Gegenstand der Erörterungen in erster Linie die die beiden Länder interessierenden Fragen, speziell auch solche kommerzieller Natur. Indessen wurden auch im Laufe des Gesprächs die größten Tagesfragen berührt. Dr. Simons betonte hinsichtlich der Reparationsfrage seinen entschiedenen Willen, innerhalb der Grenzen des Möglichen zur Wiedergutmachung beizutragen. Er sprach dabei die Ansicht aus, daß die deutsche Regierung wohl demnächst Gelegenheit haben werde, ihren guten Willen zu beweisen.

— Wiedereinführung des Mührgebiets nur durch die Franzosen. Miller teilte im „Observateur“ mit, daß Frankreich vorschlage, das Mührgebiet ohne weitere militärische Mitwirkung anderer Staaten ausschließlich durch Franzosen besetzen zu lassen, womit Paris der Londoner Regierung den Entschluß zu erleichtern hoffe.

— Die wirtschaftliche Verwendung der Dieselmotoren. Nach einer am 31. März der Botschafterkonferenz gegebenen Botschaft hat der größte Teil der deutschen Dieselmotoren in der deutschen Privatwirtschaft Verwendung gefunden. Im ganzen befinden sich in Deutschland 422 Motoren dieser Art, davon entfallen 31 Stück aus abmonierten deutschen U-Booten, 105 Stück waren kurz nach dem Waffenstillstand fertiggestellt, aber naturgemäß nicht eingebaut; 267 Stück waren zur Zeit des Waffenstillstandes überhaupt noch nicht fertiggestellt und sind erst später für Handelszwecke eingerichtet worden; 19 stammten aus abgewrackten U-Booten. Von den nachgelieferten 422 Motoren sind 4 Stück zerstört worden; 343 Motoren wurden für industrielle Zwecke verkauft, 75 Stück lagern noch unverkauft.

— Wiederaufstellung für Hannover! Der Ausschuß der Deutsch-Hannoverschen Partei hat folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Deutsch-Hannoversche Partei wird die Abstimmung nach den Art. 18 und 167 der Reichsverfassung zum ersten möglichen Termin unter selbstverständlicher Berücksichtigung der außenpolitischen Lage des deutschen Vaterlandes erstreben. Auch bei dieser Gelegenheit erklärt die Partei, daß die unverbrüchliche Treue und Treue zum deutschen Vaterlande wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft die oberste Richtigkeit ihres Handels sein und bleiben wird.“

— Die Kohlenzwangslieferungen. Über die Frage der Kohlenzwangslieferungen sollen neue Verhandlungen eingeleitet werden. Von Paris aus ist angeregt worden, auf die Dauer von sechs Monaten ein neues Lieferungsprogramm festzulegen. Es ist zu beschließen, daß der englische Bergarbeiterstreik für uns von sehr ungünstiger Wirkung sein wird, weil die Entente jetzt verlufen wird, neben der Qualitätsfrage auch noch die Quantitätsfrage zur Verhandlung zu bringen und diese möglicherweise sogar wieder in den Vordergrund zu rücken. Deshalb werden die Verhandlungen länger dauern und erhebliche Schwierigkeiten verursachen.

— Steigerung bei der Regierungsbildung. Der Versuch des neuen prußischen Ministerpräsidenten, eine trengfähige Regierung von der Deutschen Botschaft mit den anderen Mächten zu bilden, hat wenig Aussicht auf Erfolg. Sollte nun aber die Bildung der „Großen Koalition“ immerhin ein Misserfolg werden, so würde zweimal keine Aufgabe damit durchge-

Hälfte im Oberpfälzium beträgt der Schaden an Gebäuden, Material undbarem Gute bei den kommunalischen Unruhen in der Provinz mehr als 9 Milliarden Mark.

Dresden. Justizminister Dr. Hornisch ist zurückgetreten.

Vertliches und Soziales.

Dippoldiswalde. In der Schleiferei von W. Sieber ist gestern nachmittag der Schwager desselben, Herr Wöhrl, beim Übertragen einer Schleifschere dadurch verunglückt, daß er mit dem zum Übertragen verwendeten Messer abgerichtet ist und dabei eine größere Verletzung am Bein oberhalb der Kniekehle erlitten hat. Er ist sofort einem Krankenhaus zugeführt worden.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen betrug am 1. März 72 586 männliche und 24 688 weibliche, zusammen also 97 274. Dazu kommen noch 113 067 Zuflugspläger. Die Gesamtsumme der ausgezahlten Unterstützung im Februar betrug 34,5 Millionen M. in Sachsen. Am 1. Februar wurden unerlässlich 98 960 Erwerbstätige und 123 000 Zuflugspläger. Die Auswendungen im Januar betrugen 33 Millionen Mark.

Hennig. Die Männer, die in Hennig und in Soppen die Telegraphenleitung zerstört hatten, wurden in drei kommunalischen Verdächtigten aus Hennig und Wünschendorf ermittelt, festgenommen und dem Amtsgericht Wehlen zugetragen.

Rossen. Infolge der Wohnungsschlacke steht sich der hiesige Stadtrat nunmehr zu entscheidenden Maßnahmen gezwungen. Er gibt bekannt, daß künftig Wohnungssuchenden unter 27 Jahren ständigerweise keine Familienwohnung in Rossen zugewiesen werden kann. Personen, die in der Umgebung wohnen, jedoch in Rossen Beschäftigung haben und deshalb nach der Stadt verzichten möchten, können ebenfalls keine Beschäftigung bei der Wohnungsgesellschaft finden.

Leipzig. Auf dem Bahnhof Görlitz bei Leipzig wurden zwölf Rangierer festgenommen, die seit Monaten systematisch die Güterwagen bearbeiteten. Es fielen ihnen Waren im Werte von mehreren 100 000 Mark in die Hände, namentlich Wein, Rognat, Zigarren, Spiritus und Textilwaren. Das Diebesgut wurde in der Hauptstadt nach Leipzig verschoben.

Chemnitz. Das Stadtverordnetenkollegium beschloß, die Entschädigung für unbelebte Stadträte von 750 M. auf 1500 M. und für die Stadtverordneten von 500 auf 1000 M. zu erhöhen. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß Chemnitz im Sommer von großem Wassermangel bedroht sei, sobald der kommende Sommer trocken sein wird. Der Bau einer neuen Talsperre würde 200 Millionen Mark kosten.

Bimbach. Raum hat sich die Ausregung über die umfangreichen Baudienstleistungen des Hilfschuhmannes Reichel, der spurlos verschwunden ist, gelegt, so wird schon ein neuer Dienstleistung eines hiesigen Polizeibeamten bekannt. Es handelt sich um einen Polizeiwachtmeister, den eine falsche Rognat zum Dienstleistung verleitete. Der Beamte ist sofort aus dem Dienst entlassen worden.

Zwickau. Im Jahre 1920 beförderte die Straßenbahn 7 056 925 Fahrgäste gegen 9 197 827 im Jahre 1919. Der Zuschuß ist aber infolge der ständig gestiegenen Fahrpreise zurückgegangen.

Der vor einigen Wochen hier ausgebrochene Schneiderstreik ist beendet, die Gehilfen haben den geforderten Stundenlohn von 5,50 M. durchgekämpft. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Zschopau. Der Kirchenvorstand gedenkt in diesem Jahre die Errichtung einer der Toten des großen Krieges würdiger Gedächtnisstätte durchzuführen. Unsere schlichte Gottesdienstliche soll der Raum sein, in welchem wir unsere teuren Gefallenen uns vor die Augen stellen, wenn wir Ihre Namen in langen Reihen dort von hohen Tafeln zu uns rufen lassen. Die ganze Kirchhöfe, d. h. Zschopau mit Gorlitz, Schönbach, Borsdorf und Witzschdorf soll hier ihre Heldenstätte versammelt finden. ■

Karlsbad. Die tschechische Regierung hat anlässlich des Erreichens um Erneuerung der Konzession für das Karlsbader Theater die Bedingung gestellt, daß während der Saison auch tschechische Theateraufführungen im Stadttheater stattfinden. (In einer Stadt mit 98 v. h. Deutschen)

Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch den 13. April 1921.

Altdorf. Abends 8 Uhr Bibelstunde.

Donnerstag den 14. April 1921.
Zur Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der evangel. Kirche. 310 B.

Fußball-Sport.

G. B. D. 2.—Topf 2. und 3. komb. 0 : 3 für Topf.

"Frisch auf" 1. gegen Weißig 1 : 5 : 6 für Weißig (Halbzeit 2 : 5 für Dippoldiswalde). — 1. Jugend "Frisch auf" gegen 1. Jugend Weißig 1 : 2 für Dippoldiswalde.

Gezeitige

Minora-Hühner,
Küwe, vorzügliches Gegeck, auf Schönheit und Begleitkraft geziichtet, prächtige Junghühner,

Brut-Eier.
Aehlenhandlung Boje.

Einen großen Kosten

Aepfel

empfiehlt
Einf. Rinde, Rindf.

Häcksel

empfiehlt
R. Oppelt,
Dippoldiswalde. Telefon 162.

Was ist?

A-Zon?

Das gel. geöffn. Kräuter-Haarwuchs-Messer gegen Haarsausfall. Erfolgreich gepraktiziert. Vergleichbar empfohlen.

Altdorf: Drogerie P. Haller,
Schönberg: Drogerie Fr. Hermann,
Dippoldiswalde: Damen-
salon Helena Oppelt, Markt.

Fröhliche, dauerhafte

Leiter-Wagen

empfiehlt
in allen Größen

Carl Ritsche,
Herrngasse.

Vertliches, Lebhaftes

Hausmädchen

mit Kochkenntnissen für 15. 4. oder später gesucht.
Drogerie zum Elefanten,
Germann Sommerfeld.

Kauf Sie

Dixin

von Henkel

Seifenpulver

Preis Mk. 2,25 das Paket.

Allgemeine Fabrikation:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Sichere Existenz

durch den Betrieb eines zeitgemäßen, leicht verständlichen Artikels. Keine Lizenzgebühren, nur für kleines Lager, bequeme Barmittel erforderlich. Anfragen an die Geschäftsstelle.

Ehalscho.

Nächste Versammlung findet nicht am 13. sondern 20. April statt.

Sämtliche Ofenbauartikel:

Feuerungstüren, Platten, Rosse, Wasser-
pfannen in allen Größen, Kanalschieber
empfiehlt

Arthur Schmidt

Ofenbauer Bahnstraße 10 Töpferei

Restaurationstassen

Bierseidel
Ausgußkorke
Kaffeelöffel usw.



Dippoldiswalde
nur Obertorplatz

Hans Pfutz



Frischer Cablian und Seelachs, feinste Makrel- bücklinge,

prima Granaaten Sardellen
eingetroffen

Schlechter's Fischhandlung

ff. Schnittandeln,
à 1,50

ff. Wokfaroni,
à 1,50

ff. Speisefleindöl,
à 1,50

à Alter 22 M., bei Wehrabnahme
billiger.

Max Wolf.

Rottflee,

la Qualität,

Zucarnat=Sommerflee,

Gelbflee,

Weißflee,

Wundflee,

Luzerne,

Rohgras

(engl. und ital.)

Timothee

empfiehlt

Herm. Anders.

Einige geköhlte

Rind-, Schwein- und

Kükenköpfe

verlaufen. 250, liegt die

Geschäftsstelle.

Frieda Fritzsche

geb. Pohl

Arno Staudte

grüßen als Verlobte

Rabenau Reinhardtsgrimma, s. z. Döbeln

10. April 1921

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so
reichem Maße gutt gewordenen Geschenke und
Glockenläufe legen wir hiermit gleichzeitig im Namen
unserer Eltern unsern

herzlichsten Dank.

Großdöbeln und Roßthal, Sam 10. April 1921.

Gotthardt Rüdiger und Frau Tina, geb. Döhr.

Landwirtschaftl. Verein Reinhardtsgrimma u. Umg.

Donnerstag den 14. April nachmittags 5 Uhr

Veranstaltung

im Kreisgerichtsgesetz. — Vortrag des Herrn Winkler, Vorsteher der Buchstelle des Landesfürstlichen, über: Buchführung unter Berücksichtigung der jüngsten Steuerstrafen. Eingänge.

Um recht zahlreichen Besuch bittet der Vorsteher.

Stern- Lichtspiele

Mittwoch 14.9 Uhr

Der große Detektivschlager

Das Schicksal des Edmund Hall

in 5 Akten.

Dieser einzige dastechende Klassiker bietet das Unerhörteste an Sensationen, das Habhaftestste am Nutzen und Entschlossenheit, das Spannendste an Handlung und Situation. Gespielt von Alt zu Alt.

Der Termintheaterclub

Ein tolles Lustspiel in 2 Akten.

Um die hohen Unkosten dieses Meisterwerkes zu decken, muß ich auf allen Bühnen 50 Pf. mehr erheben.

Um gültigen Zugriff bittet Fedor Fischer.

Schusters Gasthof Reichstädt.

Donnerstag den 14. April abends 8 Uhr

Experimentalvortrag des Psychologen Leo Gräf

mit leidenschaftlichen Darbietungen: An der Grenze des Übernatürlichen. — Rätsel des abnormalen Seelenlebens.

Eintrittskarten zu 250 Mark im Gasthof und an der Abendstelle.

Fritzsche's Gasthaus

Bärenburg.

Sonnabend, 16. April

Schlachtfest!

Sonntag, 17. April

Bratwurstschmaus

worauf herzhaft ein. Karl Fritzsche u. Frau.



Todesanzeige.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen! Hierdurch die traurige Nachricht, daß Sonntag mittag 1 Uhr unter lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, Praktizist und Gutsbesitzer

Karl Gustav Eduard Weinholdt

im Alter von 79 Jahren nach langem, mit großer Geduld ertraginem Leben konk. entschlafet ist. Überdorfb, Reichstädt, Laubegast, Döbeln, den 10. April 1921.

Die traurigen Hinterlassenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 2 Uhr vom Trauerhaus aus Rott.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 85

Mittwoch den 13. April 1921

87. Jahrgang

Lokales.

Die Postsendungen mit Ressameaufdrucken. In letzter Zeit haben sich in verschiedenen Orten Unternehmungen ausgetan, die gewöhnlich Ressamen sammeln, Briefumschläge, Kartenbriefe oder Karten damit bedrucken oder bedrucken lassen und sie zu ermächtigten Preisen an beliebige Abnehmer vertreiben, damit diese sie zu Versendungen mit der Post unter der Aufschrift bestimmter Empfänger benutzen sollen. Dieses Verfahren ist, wie amtlich betont wird, nach den postgesetzlichen Vorschriften und nach der Postordnung nicht angängig. Die Postordnung geht davon aus, daß nur der Absender Angaben und Abbildungen auf Briefsendungen anbringen darf, und schlägt Sendungen von der Postbeförderung aus, deren Außenseite oder sichtbarer Inhalt gegen die Gesetze verstößt. Die Postanstalten sind ausnahmsweise ermächtigt worden, bereits hergestellte Briefumschläge, Kartenbriefe und Postkarten dieser Art noch bis spätestens 1. Juli 1921 unbeanstanden zur Beförderung zu zulassen, wenn sie sonst den postdienstlichen Anforderungen entsprechen.

Hultschin.

Die tschechische Bezirkshauptmannschaft in Hultschin läßt sich die Einwohner, die bei der letzten Volkszählung sich wahrheitsgemäß als Deutsche bezeichnet haben, seitensweise durch tschechische Gendarmen vorführen, um sie ob ihrer Eintragung in den Fragebogen regelrecht zur Verantwortung zu ziehen. Wer von den ungünstigen Bewohnern des Hultschiner Landes, sonst eines Teiles des Kreises Ratibor, sich weigert, seine Eintragung wahrheitswidrig in eine Bekennnis zum Tschechentum zu ändern, wird in Geldstrafen von 200 bis 500 Kronen genommen, oder auch auf 14 Tage eingesperrt.

Den Tschechen liegt an der Fälschung des Ergebnisses ihrer amtlichen Erhebung über die Nationalität des Hultschiner Landes, weil sie fürchten, daß das Bekanntwerden der Wahrheit in Verbindung mit dem Ergebnis der oberschlesischen Abstimmung selbst im Ententelager zu Erwägungen über die Frage führen könnte, ob die Bergemäßigung Hultschins in der Tat aufrecht erhalten werden kann. Hultschin ist ein Teil des Kreises Ratibor, von dem es sich in nichts unterscheidet. Alle seine Interessen hängen nach Ratibor; die Bevölkerung ist durchaus deutsch gesinnt, ein großer Teil des in Frage stehenden Gebiets gehört zu Nacholina, dem Besitz des Fürsten Liegnitz; dieser selbst, wie Hultschin Städtchen und Land, wehren sich mit Händen und Füßen gegen das, was ihnen widerjährt ist. Denn vollständig willkürlich ist Hultschin seinerzeit von Oberschlesien im weiteren Sinn und seinem Vorort Ratibor im engeren Sinne getrennt und den Tschechen überlassen worden. Der Vorgang ist vollständig unerklärlich. Niemand hat die Hultschiner gefragt, ob sie einverstanden wären. Vielleicht hat eine törichte Befestigung über die Willensmeinung der Bevölkerung des Kreises Ratibor zu dem Gewalt geführt. Man könnte z. B. angenommen haben, die Deutschen und die einer Abtrennung Geneigten hielten sie im übrigen Kreise Ratibor ungefähr die Wage und die Hultschiner mit ihrer einwandfrei feststehenden Unabhängigkeit am Reich würden bei der Abstimmung die Wagssale zu Gunsten des Reiches endgültig sinken lassen. Das jegliche Verhalten der Tschechen spricht für diese Annahme. Der Kreis Ratibor hat sich bei der Abstimmung mit überwiegender Mehrheit zu Gunsten des Reiches entschieden; und so führt man wohl in Prag, doch nachdem die Voraussetzung der Abtrennung sich nachträglich als falsch erwiesen haben, schließlich doch Vernunft und Gerechtigkeit hinrichtlich Hultschins steigen und zu einer Befestigung der Bevölkerung führen könnten. Dem will man durch ein den Wünschen der Tschechen entsprechendes Ergebnis der Volkszählung entgegenwirken, und so sucht man dieses gewaltsam zu schließen.

Es ist Pflicht der Berliner Machthaber, ihrerseits mit allen Mitteln auch den Hultschinern ihr Recht auf eine Abstimmung zu erkämpfen.

Soziales.

Die Rettungen in der Genfer Konvention des Roten Kreuzes. In der Schlussfassung des Internationalen Kongresses des Roten Kreuzes in Genf wurde über Neuerungen der Genfer Konvention Beschluss gefasst. Es wurde eine große Zahl von Änderungen und Neufassungen vorgenommen, von denen besonders genannt seien: die Gleichstellung der kriegsgefangenen Arzte und des medizinischen Hilfspersonals mit dem entsprechenden Personal des Landes der Gefangenshaft, neue Bestimmungen zum Schutz gegen Missbrauch der Abzeichen des Roten Kreuzes, Bestimmungen zwecks Aussöhnung über die Grundsätze des Roten Kreuzes in den Schulen. Die neue Konvention hat für die Länder, die sie ratifizieren, 6 Monate nach der Ratifizierung Gültigkeit. Für die anderen Länder bleibt es bei der alten Konvention von 1864.

Täglich 20 000 Mark Unterstützungs gelder durch das Kriegervereinswesen. Von den gewaltigen Summen, die das deutsche Kriegervereinswesen für Unterstützungs Zwecke aller Art — und damit für das Volkspanze — ausgibt, hat man leider in weiteren Kreisen immer noch keine rechte Vorstellung. Wenn man die Jahressumme der bis jetzt geleisteten Unterstützungen auf den Tag verteilt, so kommt man zu dem Resultat, daß die Kriegervereine durchschnittlich täglich die Summe von 20 000 Mark für Unterstützungs Zwecke herausgeben, monatlich also etwa 600 000 Mark. Damit ist die Viebstätigkeit der Kriegervereine aber

nach längst nicht erschöpft. Wir erinnern nur noch daran, daß der Deutsche Kriegerbund auch 4 Waisenhäuser unterhält (das 5. mußte an Polen abgetreten werden). Ein Unterhaltskosten der 4 Waisenhäuser und an Erziehungsbereitschaften wurden in den letzten Jahren jährlich rund 1 Million 150 000 Mark ausgegeben. Ferner unterhalten die Kriegervereine 10 große Erholungsheime, in denen jährlich viele Hunderte von Kriegsteilnehmern kostenlos oder gegen ganz geringe Entschädigung aufgenommen werden.

Sport und Verkehr.

Die Wasserstrafen im Reichsverwaltung. Am 1. April sind die Wasserstrafen, soweit sie dem allgemeinen Verkehr dienen, auf das Reich übergegangen. Nach der Übernahme können Wasserstrafen nur noch vom Reich oder mit seiner Zustimmung gebaut werden. Mit dem Übergang der Wasserstrafen erhält das Reich die Entsorgungsbefugnisse, die Tariffreiheit, sowie die Strom- und Schiffsverpolizei.

Gerichtsaal.

Die Justizhans für die mittelsächsischen Kreise. Das Sondergericht in Torgau verurteilte 18 Kommunisten, welche am 25. März die dortige Kaserne zu stürmen und die Elbbrücke mit zusammengebundenen Handgranaten in die Luft zu sprengen versucht hatten, wobei zwei Angehörige der Reichswehr verletzt wurden, zu Justizhaftrauen von fünf bis sechs Jahren und zu fünfjährigem Chorverlust. Ein Teil der Angeklagten bezeichnete sich als Verbündete und nahm das Urteil mit lautem Weinen auf. Als der Verbrecher, der beim Kommunismusüberfall des Vororts Annendorf bei Halle Dynamit in das dortige Bahnhofsgebäude legte und durch Dynamit die Eisenbahnbauten beschädigte, ist jetzt der Arbeiter Richard Schatz aus Annendorf ermittelt worden. Er hat in den Kämpfen mit der Schuppoldie eine schwere Verwundung davongetragen und liegt jetzt in hoffnungslosem Zustand in der Klinik in Halle. — Der berüchtigte Kommunistenführer Karl Roth, der kürzlich erst in Quedlinburg, als er mit einem Auto und einer großen Geldsumme aus Deutschland fliehen wollte, festgenommen wurde, ist aus der Militärcreminalanstalt in Magdeburg entwichen.

Die Aburteilung der niederrheinischen Kommunisten. Im Bezirk Moers haben die Belgier im ganzen etwa 900 Personen, die an den kommunistischen Unruhen beteiligt waren, festgenommen. Nach einer Meldepflicht der "Freien Presse" hat das Kriegsgericht, das zu diesem Zweck von Norden nach Moers verlegt wurde, bereits die Mehrzahl der Verhafteten abgeurteilt. Die Mindeststrafe beträgt ein Jahr Gefängnis. Unter den Angeklagten befindet sich auch der bereits genannte kommunistische Agitator Dr. Gabriel. Er war früher Redakteur des jetzt deutschnationalen Blattes "Der Großherzog" in Moers und entwidmete sich in der Revolutionszeit bis zum Kommunismus. Dr. Gabriel ist zu fünf Jahren Haftarbeit verurteilt worden.

Die Begnadigung des Reichsankwalts Han. Der amerikanische Rechtsanwalt Dr. Karl Han, der im Juli 1907 vom Schwurgericht in Karlsruhe wegen Ermordung seiner Schwiegermutter, der Witwe des Medizinalrats Molitor in Baden-Baden, zum Tode verurteilt, vom Großherzog aber zu lebenslänglichem Justizhaus begnadigt worden war, ist am 1. April 1925 aus der Justizhaftrauung entlassen worden. Voraussetzung für die Entlassung ist weiteres gutes Verhalten.

Gefängnis für einen Silbergeldschieber. Die Strafammer in Frankfurt a. M. verurteilte den kaum 20 Jahre alten polnischen Kaufmann Szajko Friedlich, der im Umlauf von vielen Millionen Silbergeld in Polen aufkauft und dann nach Frankreich verkauft, zu einem Jahre Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe. Außerdem verfügte das Gericht die Einziehung des bei Friedlich beschlagnahmten Silbergeldes in Höhe von über einer halben Million Mark. Die wegen Begünstigung mit angeklagten Hilfslieferer Tinus aus Charlottenburg und Bankier Seiter aus Breslau, gegen die Gefängnis- und hohe Geldstrafen beantragt waren, wurden freigesprochen.

Unter der Fremdherrschaft. Eine der vielen kleinen Sonderberatungen der in Düsseldorf abgehaltenen Tagung des rheinischen Provinzial-Deputatenverbandes war im Wittelsbacher Hof abgehalten worden. Zu dieser Versammlung war vorher eine besondere Genehmigung der Besatzungsbehörde nicht eingeholt worden. Auch ist in der Versammlung ein beflanztes vaterländisches Bett gefunden worden. Nun wurden nach der "Kölnischen Zeitung" folgende Urteile bekannt gegeben: Der Vater der Versammlung und der Wirt wurden zu 15 Tagen Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem wird der Wittelsbacher Hof auf 15 Tage geschlossen. Auch das Hotel "Kaleidoskop" wird auf acht Tage geschlossen und sein Besitzer ist zu zwei Tagen Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil in seinem Restaurant Zeitungen auslagen, welche die Würde der Besatzungsstruppen verletzt haben sollen.

Das Urteil im Prozeß Bader. Im Prozeß gegen den Kommunisten Bader wurde das Urteil gesprochen. Es lautet gegen ihn auf Freispruch. Der Schlosser Jakob wurde mit zehn Monaten Gefängnis bestraft. Drei Angeklagte erhielten je sechs Monate, drei je fünf Monate, ein Angeklagter erhielt vier Monate, acht Angeklagte erhielten je drei Monate Gefängnis. Außer Bader saßt wurden noch neun

Angeklagte freigesprochen. Den Verurteilten wurde sowohl die Untersuchungshaft wie auch die Strafe wegen Verdachens gegen die Vergangenheit erfolglos präsentiert. Das Gericht stellte ausdrücklich fest, daß es sich bewußt sei, keinerlei Klassenjustiz geltet zu haben.

900 niederrheinische Kommunisten abgeurteilt. Wie aus Duisburg gemeldet wird, sind von den 12000 bislang angeklagten niederrheinischen Kommunisten freigesprochen. Das alliierte Kriegsgericht ist zu diesem Zweck von Norden nach Moers verlegt worden. Die Strafen, die verhängt wurden, betragen im Minimum ein Jahr Gefängnis. Unter den Verurteilten befindet sich auch ein Teil rechtsrheinischer Arbeiter.

Die rheinischen Ausführer vor dem Sondergericht. Der "Dagener Zeitung" zufolge wurde vor dem Dagener außerordentlichen Gericht zur Aburteilung der beim Kommunismusupstand im dortigen Gerichtsbezirk verübten Verbrechen oder Vergehen wurde das Urteil über 9 Angeklagte gesetzt. Das Gericht erkannte bei 4 Angeklagten auf Justizhaftrauen von 2½ bis 4 Jahren. Die übrigen Angeklagten erhielten 2 Jahre Gefängnis.

Volkswirtschaftliches.

Der deutsche Export vor und nach dem Kriege. Im Jahre 1918 stand Deutschland als Exportland an dritter Stelle in der Welt. Die Warenausfuhr Englands betrug damals 10,7 Milliarden Mark, die des Vereinigten Staates 10,4 Milliarden, die Deutschlands 10,1 Milliarden und die Frankreichs 5,6 Milliarden. Im Jahre 1920 hat sich das Bild wesentlich geändert. Von 1. Januar bis 1. Oktober 1920 (die Zahlen für das letzte Vierteljahr 1920 liegen noch nicht vor) hatten die Vereinigten Staaten eine Warenausfuhr von 26,5 Milliarden Goldmark, England hatte eine solche von 17,4 Milliarden Goldmark, Frankreich eine von 5,4 Milliarden und Deutschland von 2 Milliarden. Deutschland ist also von seiner dritten Stelle auf die sechste oder siebente herabgedreht worden, da Japan, Südafrika, Australien und Kanada wahrscheinlich ebenfalls höhere Ausfuhrziffern haben als Deutschland.

Das englische Pfund wird fallen. In Pariser finanziellen Kreisen sieht man voraus, daß das englische Pfund in Amerika nach seiner Erholung in den letzten Monaten wieder fallen wird.

Aus Stadt und Land.

Die Trauung des Kronprinzen von Bayern. Auf Schloss Hohenburg bei Tölz fand am 6. April die standesamtliche Trauung des Kronprinzen Rupprecht von Bayern mit der Prinzessin Antonia von Luxemburg statt, die der Bürgermeister von Lenggries vollzog. Trauzeugen waren, den "Münchener Neuesten Nachrichten" zufolge, der frühere Großherzog von Sachsen und Prinz Franz von Bayern. Die kirchliche Trauung fand tags darauf durch den päpstlichen Kardinal Pacelli in der Pfarrkirche von Lenggries statt.

Matten im Leichenhaus. Die kommunistischen Bürgermeister haben an den Magistrat der Stadt Hannover einen Antrag gerichtet, der lautet: Im Leichenhaus der Stadt Hannover am Engelbosteler Friedhof herrschen grauenhafe Zustände. Die ganz unzulässigen Räumlichkeiten sind voll Schwamm und Fäkalien. Für die Arbeiten — selbst für die Obduktionen — ist weder Gas noch elektrisches Licht vorhanden; in den kleinen Kammern herrscht ein pestilenzialischer Zustand, die Leichen werden von den Matten angefasst. Es wird deshalb beantragt, sofort das Leichenhaus zu schließen und bis zur Fertigstellung der Baulichkeiten auf dem neuen Friedhof Friedhof der Obduktionsbehörde andere Baulichkeiten zu überlassen.

Die Säuberungskktion an der Saale. Die Säuberungskktion der Schupoldie in den Ortschaften rechts der Saale ist am Donnerstag abgeschlossen worden. Es sind wieder eine große Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden. Am Freitag wurde mit der Säuberungskktion links der Saale begonnen. Die bayrische Reichsmehr, die in das Aufzugsgebiet zur Befreiung abgesandt worden war, ist in der Hauptstrecke wieder in ihren bayerischen Standorten eingetroffen.

Festnahme eines Millionenschwindlers. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, ist der nach Unterschlagung von einer halben Million Mark flüchtig gewordene ehemalige Bureauassistent des Landtags Ernst Meineke in Wien festgenommen worden und befindet sich auf dem Transport nach Braunschweig.

Ein Pfälzer Gastwirt gegen einen französischen Offizier. Das Militärpolizeigericht in Landau verurteilte den Hotelier Christ in Neustadt a. d. H., wegen Beleidigung eines bei ihm übernachtenden Offiziers zu drei Monaten Gefängnis. Der Streit entstand, weil der Offizier nichts um ein Uhr Anglimmung der Dampfschiffahrt und anderes verlangte, wobei Christ den Offizier beleidigt haben soll.

Zuchthaus für einen polnischen Starosten. Dem "Dziennik Gdanski" zufolge wurde der frühere Starost (Landrat) Krecznik von der Strafammer in Stargard wegen Betrugs, Untreue und Fälschung von Dokumenten und Bildern zu 12½ Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Chorverlust verurteilt.

Paris Treimillionenstadt. Am 6. März hat in Frankreich eine Volkszählung stattgefunden, deren amtliche Endziffern zwar noch nicht bekannt, über die aber einige Blätter Schätzungen nach amtlichen Quellen insbesondere für Paris veröffentlichten. Danach wird die derzeitige Bevölkerung von Paris auf 8 880 000 Einwohner zu schätzen sein, was ungefähr den

bun Bählung von 1911 einen Bevölkerungszuwachs von nur 40 000 Personen bedeutete würde.

** Die **höchste Sonnenfinsternis**. In weiten Teilen des Deutschen Reiches ist nichts aus der teilweise Sonnenfinsternis, die am 8. April gegen 10 Uhr in Nord-Deutschland eintreten sollte, geworden. Der Himmel war um diese Zeit darum bemüht, daß nicht einmal die Sonne, geschweige denn die partielle Verschattung derselben zu sehen war. Dagegen werden die Bewohner der nordischen Staaten und Englands die Sonnenfinsternis sehr genau beobachtet haben; was doch in diesen Gegenden der Himmel gänzlich unbewölkt.

** Kommunistenbelästigung im besetzten Gebiet. Im besagten besetzten Gebiet ist angeordnet worden, daß die militärischen Kommandanten in jedem Ort Listen über die anlässlichen Kommunisten führen. Kommunistische Betriebsräte werden nicht gebilligt, kommunistische Blätter sind nicht zugelassen. In englischen besetzten Städten schreiten die englischen Behörden nachträglich Schritte gegen die kommunistischen Aufrührer ein. So sind in den letzten Tagen in Solingen, Wald, Ohligs und Haan eine Reihe von Verhaftungen erfolgt. Im Solinger Bezirk herrscht nunmehr völlige Ruhe.

** Dr. Simons auf italienischem Boden angehalten. Der deutsche Minister des Außenfern Dr. Simons, der sich in Luzern aufhält, wurde während einer Bergungsfahrt mit seiner Familie auf italienischem Boden angehalten und nach Pontefract begleitet, wo er sich nur schwer ausweichen konnte. Um Mitternacht erst lehrte er in die Schweiz zurück. — Am Donnerstag ist er von Lugano abgereist und wird nach einem kurzen Aufenthalt in Bern nach Deutschland zurückkehren.

** Ein Dynamitattentat in Westfalen. In den Gartenanlagen des Munitionsfabrikanten Schömann in Attendorn (Westfalen) ist ein Dynamitattentat verübt worden. Ein in den Anlagen stehendes Gartenhaus ist durch eine zur Explosion gebrachte Sprengbombe vollständig zerstört. Von den Tätern hat man keine Spur.

** Großfeuer in der Zuckerroffinerie Tangermünde. Von einem Großfeuer wurde, wie die "Deutsche Tageszeitung" meldet, die Zuckerroffinerie Tangermünde Dr. Meyers Sohn betroffen. Die beiden modernen Raffinierabteilungen C. und D. brannten bis auf den Grund nieder. Die Feuerwehren, verstärkt durch die Dampfspritzen aus Stendal und Magdeburg, waren machtlos und konnten nur die benachbarten Abteilungen löschen, was in der Hauptsache gelang. Der Betrieb liegt zurzeit still. Die Entzündungssurzache des Brandes dürfte Staubdauerexplosion sein. Der Schaden ist außerordentlich groß, aber noch nicht zu schätzen.

** Schiffsuntergang. Bei dichtem Nebel wurde in der Nacht zum Sonntag auf der Höhe von Helsingør das dänische Motorschiff "Marianne" von einem unbekannten Fahrzeug gerammt. Die "Marianne" sank sofort. Von den drei Mann starken Besatzung ist nur ein Mann gerettet.

** Ein verhungerner Sprachlehrer. In Wien wurde der 36jährige Sprachlehrer Jakob Maher in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er war bis zum Skelett abgemagert und ist nach Aussage der Hauseinwohner buchstäblich verhungert.

** 90-jähriges Bestehen der sächsischen Landeslotterie. Die sächsische Landeslotterie kann in diesem Jahre auf ein 90-jähriges Bestehen zurückblicken. Sie war eine Fortsetzung der vor 150 Jahren begründeten Waisen- und Buchthauslotterie, die 1771 in Dresden zum ersten Male gezogen wurde.

** Widerrechtliche Zurückhaltung deutscher Ausstellungsgegenstände. Wie verlautet, verzögert Frankreich die Rückgabe der Ausstellungsgegenstände, die von deutschen Städten und wissenschaftlichen bzw. technischen Anstalten zu der im Jahre 1914 in Lyon veranstalteten Städtebau-Ausstellung gesandt waren. Von dieser allen Kulturbegriffen widerprechenden Weigerung werden die Bayerische Landesgewerbeschau in Nürnberg und das Goethemuseum in Frankfurt a. M. u. v. a. betroffen. Die deutsche Beteiligung an dieser Ausstellung war damals auf besondere Einladung der Stadt Lyon erfolgt. Die Rückgabe der deutschen Ausstellungsgegenstände war von der Reichsregierung verlangt worden. Die französische Regierung hat die Weigerung damit begründet, daß die Gegenstände gemäß dem Friedensvertrage liquidiert werden müßten. Der Leiter des Frankfurter Goethemuseums hat jetzt an den französischen Ministerpräsidenten Briand einen persönlichen Brief gerichtet, und darin zum Ausdruck gebracht, daß es Dinge gebe, die über dem Streit der Völker stehen und durch ihn nicht berührt werden dürfen. Dahin gehörten die Lebenswerke der großen Dichter und Denker. In diesem Sinne richtet das Frankfurter Goethemuseum die Bitte an den Präsidenten um Aufhebung der Beschlagnahme.

** Demonstrationen gegen hohe Gewerbesteuern in Hannover. Die Parteigegenseite in den städtischen Kollegien haben sich nach den Kundgebungen der Gewerbetreibenden gegen die hohen Gewerbesteuern so verschärfzt, daß es am Freitag zu großen Demonstrationen kam. Die Sozialdemokraten versammelten auf dem Klagmarkt wohl an 30 000 Arbeiter, die nach dem Rathaus zogen, wo nach einer Einprache eine Entschließung angenommen wurde, die dem Oberbürgermeister Reinhart übergeben wurde und die eine gerechte Verteilung der Kosten fordert. Abends fanden dann in der Stadthalle und in der Ausstellungshalle statt, in denen an der Münzwirtschaft der städtischen Verwaltung häufig Kritik geübt wurde, die von der Sozialdemokratie befürwortete Kommunalisierung verurteilt und besonders die schleunige Verabschiedung der neuen Städteordnung bezw. die Vornahme von Neuwahlen der Bürgermeister fordert. Die Versammlungen verliefen ohne Störung.

** Ein Schwarzwalddorf niedergebrannt. In Gundhausen ist, wie aus St. Blasien gedreht wird, durch Kinderspiel Großfeuer ausgebrochen. Die Feuerwehren der umliegenden Gemeinden waren machtlos. Dreißig Gebäude sind völlig abgebrannt, darunter die Kirche, das Rathaus und ein Hotel. Das

Gesamtschaden beträgt vier Millionen Mark. Über 100 Personen sind obdachlos. Eine Hilfsaktion bei der badischen Regierung ist eingeleitet.

** 1922 wieder Überamergauer Ballonspielen. Nach einem Besluß des Gemeinderats von Oberamergau wird entschieden, daß das Ballonspiel im Jahre 1922 wieder ausgeführt werden soll. Die Vorbereitungen für die nächstjährige Spielzeit erfordern infolge der ungeheuren Geldentwertung die für das Bergdauerdorf enorme Summe von zwei Millionen Mark, während der Friedensbetrag hierfür kaum die Summe von 200 000 Mark überschreit. Nach der langen Spielpause bedarf das Theater, die Bühne, die Garderobe umfassender Ergänzung und Erneuerung.

** Wohnungsknott der deutschen Studenten in Graz. In der Grazer Universität haben sich in den letzten Tagen zahlreiche reichsdeutsche Studenten einschreiben lassen. Infolge der Wohnungsknott konnten über die Studenten niemand untergebracht werden. Der Rektor der Universität den wohnungslosen Studenten zur Verfügung stellen lassen. Der Rektor hat sich in einem Aufruf an die Bevölkerung gewendet, den deutschen Studenten Unterkunft zu schaffen.

** Fünf Millionen Staatsgelder unterschlagen. Die Wiener Polizei verhaftete den Speditionsbeamten Paul Freischl, der durch Postkoffer den Staat um fünf Millionen Kronen geschädigt und das Geld im Turf und Kasinospiel verloren hat. Gleichzeitig wurden noch weitere fünf Personen verhaftet, die an den Schwund beteiligt waren.

** Polnischer Terror ohne Ende. In Babitz würden drei Männer von einem Maschineneinheitsbeamten beobachtet, die den vorübergehenden Abbeamten zu rufen: "Wir sind von der 'Bojowka Polska', wobei sie eine Handgranate abzulegen versuchten. Einer der drei Männer konnte später von den Abbeamten festgenommen werden. Es stellte sich heraus, daß der Festgenommene ein Angehöriger der 'Bojowka Polska' ein gewisser Potecka, ein langgesuchter Schwerbrecher ist.

** Großfeuer in der Lausanner Mustermesse. Am Donnerstag abend zerstörte ein Großfeuer das Gebäude der schweizerischen Mustermesse in Lausanne (Westschweiz). Alles brennbare Material verbrannte. Der Schaden wird auf 500 000 Franken geschätzt.

** Explosionsunglück in Rothringen. Eine schwere Explosion ereignete sich in den Kalksteinbrüchen der Hagendinger Hüttenwerke. Durch vorzeitiges Explodieren einer Sprengstoffladung wurde eine größere Anzahl der Arbeiter schwer verletzt. Zwei Arbeiter sind ihren Verlebungen bereits erlegen.

* Der Direktor der Berliner Kleider-Verwertungsgesellschaft, die im Kriege zur Sammlung und Infanteriegasse gebrachte Kleidungsstücke gegründet worden war, ist unter dem Verdacht der Unterschlupf verhaftet worden.

* Der berühmte deutsche Schauspieler Ernst v. Possart, der frühere Generalintendant der Münchener Hoftheater, ist im Alter von 80 Jahren einem Schlaganfall erlegen.

* Lorenz Adlon, der Besitzer des bekannten Berliner Hotelpalastes an der Ecke der Linden und des Pariser Platzes, ist an den Folgen eines Oberschenkelbruchs, den er sich vor einigen Wochen bei einem Sturz zugezogen hatte, verstorben.

* Aus dem ganzen Gebiet der Provinz wird jeder Schneefall gemeldet.

* Der Begründer und Besitzer der weltbekannten Berliner Schulen, Maximilian D. Beelitz, ist in Rehberg im hohen Alter gestorben.

Spiken.

Roman von Paul Lindau.

(51. Fortsetzung.)

"Ich habe nämlich Angst vor der Polizei! Sie erfährt alles!"

"D nein!" lächelte Rosina mit ruhiger Überlegenheit. „Sie erfährt lange nicht alles! Glauben Sie mir!"

Die beiden dachten an die Erfahrungen, die sie gemacht hatten.

Bertha hatte ein unheimliches Gesicht. Sie war in ihrem Vorhaben, es in einer neuen Lebensstellung an der Seite des Freiherrn von Saza zu versuchen, nun wieder schwankend geworden. Sie möchte mit der Polizei durchaus nichts zu schaffen haben! Sie erhob sich langsam.

"Allmählich wird es Zeit, daß ich mich empfehle," sagte sie. „Meine Dame wird sich ohnehin schon über mein langes Ausbleiben wundern."

"Und Sie besuchen mich in den nächsten Tagen?"

"Wenn Sie es erlauben, Herr Baron!"

"Ich rechne sogar darauf! Also von Sonntag bis Mittwoch täglich, bis gegen vier!"

"Sehr wohl, Herr Baron!"

"Aber wo hast du denn so lange gesteckt?" fragte Rosina, als Bertha endlich nach Hause kam. „Seit einer Stunde warte ich . . ."

"Ich hatte für mich auch etwas zu besorgen," versetzte Bertha möglichst gleichgültig.

"Dann hättest du es mir hübsch sagen sollen!"

"Weshalb?"

"Weil es sich so schick, und weil ich es so wünsche!"

"Du sprichst zu mir in einem Tone, den ich mir von niemand gefallen lasse, von dir am allerwenigsten."

"Tann tann ich dir nur den guten Rat geben, daß nach jemand umzusehen, dessen Ton dir besser gefällt, denn den meinigen werde ich dir gegenüber nicht verändern."

"Aber mit grohem Bergmüller, Fräulein Moodell! Ich habe ja nur auf den Augenblick gewartet, daß Sie mich freigeben würden. In eine Wirtschaft wie die Ihrige paßt kein anständiges Mädchen."

"Es wird Ihnen nicht gelingen, mich zu ärgern, unverheilte Frau Hotte!" versetzte Rosina mit ruhigem Lächeln und wandte ihr den Rücken.

"Es lochte in Bertha. Aber Sie hieß es für unter Ihrer Würde, mit einer solchen Person sich in einen Streit einzulassen. Sie gingen in ihr Zimmer, packte

ihre Sachen, ließ dieselben durch einen Dienstboten herunterbringen und auf die Treppe laden, und verließ das Haus ohne ein Wort des Abschieds.

Sie fuhr zu Mainhardt zurück und wurde bei Wirtin und deren Sohn wieder eine sehr merkwürdige Geschichte über ihre Abenteuer im Hause der unliebsamen Französin.

Schon an einem der nächsten Tage schickte sie ein neues Schreiben an Ihre Excellenz Frau Gräfin von Isenest auf, in den demütigsten Formen abgesetzt. Sie begründete ihre Bitte um ein nochmaliges Dorchen von nur vierhundert Mark durch eine ganze Reihe stichhaltiger Argumente.

Zilliane war, als ihr dies Schreiben überbracht wurde, in einer anderen Stimmung als das erste Mal. Sie hatte die Nacht schlecht geschlafen, sie war sehr gereizt und erregt. Sie hatte in einem Unfall bestimmt ein Glas zertümmt. Ida war ihr vorsichtig den ganzen Tag aus dem Wege gegangen, und der hagere junge Mann mit der scharfen Brille, der den Brief abgab, mußte ihr sehr zureden, um sie zu bewegen, denselben Ihrer Excellenz zu überreichen.

Bitternd brachte Ida den Brief in das Bürorimmer, in dem die Gräfin in hastigen Schritten auf und nieder ging.

"Was wollen Sie?" fuhr Zilliane das Mädchen an.

"Ein Brief, gnädige Frau Gräfin!"

"Ich will keinen Brief lesen!"

"Der Lieferbringer machte es sehr dringlich. Die gnädige Gräfin würde den Brief gewiß gern lesen."

Zilliane nahm den Brief, öffnete ihn, durchslog ihn und zerriss ihn.

"Es ist keine Antwort", sagte sie kurz. Und als Zilliane ein wenig ängstig, rief sie in barschem Tone:

"Haben Sie nicht verstanden? Keine Antwort!"

Zilliane entfernte sich stumm und richtete die Beleidigung an den jungen Mann aus.

Als Theodor Mainhardt Bertha diesen Bescheid überbrachte, entfloh sie sich. Sie ließ sich den ihr unwahrscheinlich Klingenden Bescheid nochmals wiederholen. Dann zwang sie sich zu einem ruhigen Lächeln und sagte: "Die Frau Gräfin wird frank sein. Meinen nächsten Brief wird sie beantworten! . . . Ich danke Ihnen sehr, Herr Mainhardt."

Sie war allein in ihrem kleinen Zimmer. Da warf sie den Kopf in den Nacken, und ihr helles Auge blitze drohend.

"Oho! Frau Gräfin!" rief sie, während es nun wieder auf ihren Badenknochen glitt. "So billigen Waffen werden Sie mich doch nicht los! Ich weiß schon, was ich zu tun habe!"

Und sie dachte an den Freiherrn Emmerich von Saza, den Besitzer und Hauptmitarbeiter der "Zeitung für die Bedürftigen". "Der Rechtsstaat".

Mene Thefel Upfarsin . . .

Berta wußte nicht, was mit diesen Waffen gemeint war, aber die Gedanken, die ihr durch den Kopf gingen, waren solche, als ob sie die geheimnisvolle Belsazar-Warnung in ihrer Anwendung als Motto für das Blatt sehr wohl begriffen hätte.

Mene Thefel Upfarsin!

XVIII.

Freiherr Emmerich von Saza hatte längere Zeit im Auslande herumgeabenteuert. Er hatte sich schnell darüber getrostet, daß ihn in Benedig Rosina de Beauclerc bei Nacht und Nebel schnelle verlassen hatte. Durch allerlei Geschäftchen hatte er sein Tätschein schlecht und recht gesellt — mehr schlecht als recht; — auch mit dem bedecklichen Wiener Geschäftsfreunde war eine Verständigung erzielt worden, die ihn vor gerichtlichen Verhöllungen sicher stellte; und als er sich nun in dieser Beziehung gefügert fühlte, war er in dem Bewußtsein, daß im teuren Vaterlande die starken Wurzeln seines Kraft seien, im Frühjaß 1883 nach Berlin zurückgekehrt.

Da hatte er nun das Organ der Bedürftigen, den "Rechtsstaat", ins Leben gerufen, ein Schandblatt der schlimmsten Art. Alles, was Stolz machen, war höchst willkommen. Es war eine Art Centrallokal, wo das unsaubere Gewölbe von allen Seiten zusammenflutete. Es war die Utlagerungsstätte für alle erbärlichen Geschäftigkeit und Niederträchtigkeiten.

(Fortsetzung folgt.)



Michael Müller: Geschenk für politische Wirtschaft